



STANDPUNKT

focus 6/17
Oktober

Gemeinsam agil und dynamisch unterwegs



Robert Rudolph

Geschäftsleitungsmitglied
Swissmem, Bereichsleiter
Bildung & Innovation und
Präsident der Initiative
«Industrie 2025»

Ob Kommunikation, Arbeitswelt, Politik und Verwaltung, Bildung oder Gesundheitswesen – die Digitalisierung verändert alle gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereiche. Entsprechend eröffnen Entwicklungen wie Industrie 4.0 auch dem Arbeitsplatz Stadt neue Chancen – vorausgesetzt die Rahmenbedingungen stimmen.

Industrie 4.0 bezieht sich im engeren Sinne auf die industrielle Fertigung: die Digitalisierung und Vernetzung entlang der Wertschöpfungsketten mit dem Ziel der Optimierung von Organisationen und Steuerung der Prozesse. Durch die Verbindung von Menschen, Objekten und Systemen entstehen dynamische, echtzeitoptimierte und sich selbst organisierende, unternehmensübergreifende Wertschöpfungsnetzwerke. Das klingt schwer verständlich und in der Tat sind die Unternehmen gefordert, wenn es um digitale Konzepte und deren Umsetzung im eigenen Betrieb geht. Sie müssen in einem Umfeld mit wachsender Komplexität und immer schnelleren Veränderungen sehr dynamisch und agil reagieren. Den sich verändernden Wertschöpfungsprozessen können neue Ansprüche an die Industrie- und Gewerbeinfrastrukturen folgen. Hier ist die Wirtschaft auch auf die Unterstützung der Städte und Gemeinden angewiesen.

Mit der zunehmenden Digitalisierung wird sich die Industrie in der Stadt und ihrer Peripherie weiter verändern. In diesem Umfeld werden sich aufgrund von Umgebungsfaktoren wie Verkehrslage, Mietpreise und Verfügbarkeit von Fachkräften künftig vermehrt die wissensintensiven und wertschöpfungsintensiveren Tätigkeiten etablieren. Die Industrie wird immer vielseitiger und entsprechend fächern sich die Bedürfnisse der Firmen auf, beispielsweise hinsichtlich Infrastruktur (Breitband-Internetanschluss, Mobilfunk etc.) oder Bewilligungsverfahren. Wenn die Städte und Gemeinden diese Bedürfnisse erkennen und in der Entwicklung berücksichtigen, dann können sie attraktive und wertvolle Arbeitsplätze erhalten. Sie können die Unternehmen aber auch indirekt unterstützen.

Die Regionalität ist ein Vorteil, den Städte und Gemeinden für sich nutzen können. Vor allem KMU profitieren, wenn sie sich regional vernetzen und Erfahrungen austauschen können. Die Digitalisierung konfrontiert die KMU mit einer Komplexität, die sie kaum selbstständig bewältigen können. Über Zusammenarbeit und Partnerschaften lassen sich die Kompetenzen erweitern und in der Nachbarschaft oft interessante Anknüpfungspunkte finden.

Für den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen ist es wichtig, dass den Anliegen auf den verschiedenen Ebenen von Gemeinden, Kantonen und Bund Rechnung getragen wird, damit weiterhin attraktive Standortbedingungen angeboten werden können.

Liebe Leserin, lieber Leser

Nach der Mechanisierung, Elektrifizierung und Automatisierung läuft die vierte industrielle Revolution. Auf dem Werkplatz verändert sich die Art zu produzieren grundlegend: Die intelligente Produktionsumgebung steuert die Fertigung, Bauteile kommunizieren mit Werkzeugen, Informationen sind in Echtzeit verfügbar, Systeme lernen mit Fehlern umzugehen...

Mit dem Wandel auf dem Werkplatz verändern sich auch die Anforderungen an die Städte. Nach wie vor arbeiten in der Schweiz rund 700'000 Personen im städtischen Industriesektor. Entsprechend haben die Städte Interesse an einem erfolgreichen Industrie- und Gewerbebestandort. Die Studie «Quo vadis Werkplatz Stadt?» hat die Entwicklung und Perspektiven des urbanen Arbeitsplatzes analysiert. Im vorliegenden «focus» stellen wir Ihnen die wichtigsten Erkenntnisse vor.

Ihre focus-Redaktion

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session und Vernehmlassungen	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Mittelgrosse Städte sind die idealen Standorte für Hightech»

**Théo Huguenin-Elie****Stadtpräsident von La Chaux-de-Fonds**

Théo Huguenin-Elie wurde in La Chaux-de-Fonds geboren. Er ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Nach seinem Eintritt in die SP im Jahr 2004 wurde er 2005 in den Grossrat gewählt. Neben seiner Tätigkeit als Lehrer für Französisch und Geschichte zog der Literaturliebhaber 2013 in den Gemeinderat ein. Seither leitet er die Direktion für Städtebau, Bauwesen und Aussenbeziehungen. Dieses Jahr hat Théo Huguenin-Elie zudem die Funktion des Stadtpräsidenten inne. Ausserdem ist er Vorstandsmitglied des Schweizerischen Städteverbandes.

La Chaux-de-Fonds verbindet man sofort mit der Uhrenindustrie. Was wird in Ihrer Stadt sonst noch produziert?

In der Uhrenmetropole dreht sich natürlich noch immer vieles um Uhren. Doch seit der Krise in den 1970er Jahren setzte eine Diversifizierung basierend auf dem Know-how der Region ein, sei es in der Mikrotechnik, der Mikromechanik, der Automation etc. Ausserdem vertreten sind die MedTech-Branche und eine Kreativwirtschaft, die Impulse durch die Hochschule für angewandte Kunst erhält. Dies alles zusammen bildet ein erfolgreiches Netzwerk unterschiedlichster Kompetenzen.

Gemäss der Studie «Werkplatz Stadt» ist die Hightech-Industrie in La Chaux-de-Fonds besonders gewachsen. Warum?

Die Entwicklung hängt mit der Uhrmacherkunst, dem vielfältigen Know-how und der langen Tradition punkto Innovation zusammen. Durch die Präzision, die Arbeit mit Kleinstbauteilen, die Standardisierung der industriellen Produktion und die Rückverfolgbarkeit der Bauteile einer Uhr ist die Stadt prädestiniert für die Entwicklung einer Industrie 4.0 und einer digitalen Wirtschaft.

Die Städte haben ein Interesse an einer breit abgestützten Industrie. Was bedeutet das konkret für La Chaux-de-Fonds?

Zwei Schlagworte sind hier von Relevanz: Vielfalt und Weltoffenheit. Um die Vielfalt des Know-hows beizubehalten, müssen die entsprechenden Kompetenzen bewahrt werden.

Dazu braucht es weiterhin eine praktische Ausbildung vor Ort sowie eine gute Mischung des sekundären und tertiären Sektors. Die Uhrenindustrie beruht seit jeher auf einem weltweiten, für den Wettbewerb geöffneten und Innovationen erfordernden Netzwerk. Das ist eine Stärke. Abgesehen davon ist jedoch auch ein dritter Faktor wichtig: die Verfügbarkeit geeigneter Grundstücke und die Einbindung einer lösungsorientierten Verwaltung.

Das Gewerbe konnte sich in den mittelgrossen Städten zwischen 1995 und 2014 behaupten. Doch der Druck steigt. Welche Massnahmen sind notwendig?

Da das Gewerbe häufig Bedarf an Flächen hat, ist eine gute Bodenpolitik wichtig, bei der es zum einen um die Beeinflussung der Preise und zum anderen um die jeweilige Flächennutzung geht. Die Dichte der Handwerksbetriebe sollte langfristig im umgekehrten Verhältnis zur Grösse der jeweiligen Stadt stehen.

Welche Erkenntnisse ziehen Sie noch aus der Studie?

Offenkundig ist, dass den mittelgrossen Städten eine bedeutende Rolle in der Schweizer Wirtschaft zukommt. Sie sind ideale Standorte für eine Hightech-Produktion und begünstigen die Mischung aus Industrie- und Dienstleistungssektor, Gewerbe und Kreativwirtschaft. Von den Gemeinwesen erfordert dies ein wettbewerbsorientiertes Denken, vor allem beim Flächenmanagement, der Qualität der Betreuung, dem Tempo der Antragsbe-

arbeitung und der Anpassungsfähigkeit. Die mittelgrossen Städte stellen die Zukunft dar. In den Metropolen ist es vergleichsweise schwierig, eine bezahlbare Wohnung oder Flächen für den Industrie- oder Dienstleistungssektor zu finden. Eine Herausforderung ist hingegen die Erreichbarkeit der mittelgrossen Städte. Hier bedarf es unbedingt konkreter Lösungen.

Wo sehen Sie Zukunftspotenzial für den Industriestandort La Chaux-de-Fonds?

Eine von der Hochschule für angewandte Kunst angeregte Kreativwirtschaft, qualifizierte Arbeitskräfte in den verschiedenen Bereichen der Mikrotechnik, das dichteste Zulieferernetz in der Schweiz sowie qualitativ gute Grundstücke, die für wertschöpfungsstarke Betriebe geeignet sind: Alle diese Faktoren sind in Kombination mit der Tradition der Offenheit und Innovation ein grosses Potenzial.

Wie wird La Chaux-de-Fonds in 20 Jahren aussehen?

Mit Sicherheit wird die Uhrenindustrie eine dominierende Branche bleiben. Der Weg der Diversifizierung wurde jedoch bereits eingeschlagen. Diesen gilt es weiterzuverfolgen, um La Chaux-de-Fonds zu einem besonders günstigen Standort für Netzwerke in der Hightech-Industrie und der Produktion 4.0 zu machen. Darüber hinaus wird sich La Chaux-de-Fonds noch stärker in Richtung Kreativität orientieren. Die Uhrenmetropole wird sich als Hauptstadt des sogenannten «Arc jurassien» bzw. Jurabogens behaupten!

THEMA

Welche Perspektiven für den Werkplatz Stadt in Zeiten von Industrie 4.0?

Der städtische Werkplatz lebt, verliert aber tendenziell an Bedeutung. Vor allem das Gewerbe kommt unter Druck, während sich Hightech-Unternehmen halten können und die Kreativwirtschaft zulegt. Eine Studie zeigt, dass aktives Flächenmanagement, flexible Zonenregelungen und administrative Erleichterungen den Werkplatz stärken können. Auch die Digitalisierung schafft neue Chancen.



Martin Tschirren

Stellvertretender Direktor
des Schweizerischen Städteverbandes

Seit jeher prägt die Wirtschaftsentwicklung den städtischen Raum. Städte waren immer schon Unternehmensstandorte, hier wird gearbeitet und gewirtschaftet. Die Arbeitsplätze haben Menschen in die Städte gezogen, wo sie nicht nur ein Auskommen, sondern auch Heimat gefunden haben. Besonders gilt dies für die Industrialisierung Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die Industrien, die damals die städtische Wirtschaft prägten, sind inzwischen zu einem grossen Teil aus dem Stadtbild verschwunden. Lärmige, rauchige und stinkende Fabriken vertragen sich schlecht mit heutigen städtischen Lebensräumen.

Auch die Industrie selber hat sich wesentlich verändert. Und mit der Digitalisierung und den Entwicklungen, die als Industrie 4.0 bezeichnet werden, gilt dies erst recht. Was heisst das für den Werkplatz Stadt? Hat die Industrie in der Stadt neue Perspektiven? Und in welcher Verfassung präsentiert sich der städtische Werkplatz derzeit?

«So vielfältig wie die Schweizer Städte präsentiert sich auch deren Wirtschaftsstruktur.»

Diese Fragen standen am Anfang der Studie «Quo vadis Werkplatz Stadt? Entwicklungen und Perspektiven von Industrie und Gewerbe in der Stadt», die der Schweizerische Städteverband gemeinsam mit der Stadt Zürich beim Forschungsbüro Infras auf Auftrag gab.

So banal es klingen mag – den Werkplatz Stadt gibt es nicht. So vielfältig wie die

Schweizer Städte präsentiert sich auch deren Wirtschaftsstruktur. So lassen sich in Le Locle fast sieben von zehn Beschäftigten dem Werkplatz zuordnen, während es in Bellinzona und Chêne-Bougeries (GE) nicht einmal jeder siebte ist. Über alle Städte und städtischen Gemeinden hinweg umfasst der Werkplatz 2014 27,5 Prozent der Beschäftigung, resp. 700 000 Vollzeitstellen. Das sind ungefähr gleich viele wie 1995. Weil gleichzeitig die Gesamtbeschäftigung zunahm, verlor der Werkplatz seither an Gewicht. Vor allem in den grossen Städten gingen Werkplatz-Stellen verloren. In mittleren und kleinen Städten blieb die Beschäftigung stabil oder entwickelte sich leicht positiv.

«Die Kreativwirtschaft entwickelte sich seit 1995 durchwegs positiv und ist in manchen Städten zum bedeutendsten Teil des Werkplatzes geworden.»

Auch innerhalb des Werkplatzes kam es zu Verschiebungen. Die gewerblich-industrielle Produktion kommt zwar immer noch für fast die Hälfte der Werkplatz-Beschäftigten auf, ging aber seit 1995 um 15 Prozent zurück. Besonders stark betroffen waren das Druckgewerbe, der Metall- und der Hochbau. Wegen der Konkurrenz mit wertschöpfungsstarken Branchen dürfte es das Gewerbe in der Stadt auch künftig schwer haben. Vor allem in kleinen Städten hält sich das Gewerbe allerdings gut; in Kleinstädten wie Moutier, Bussigny oder Birsfelden liegt der Beschäftigungsanteil des Gewerbes rund doppelt so hoch wie in Grossstädten.

Allerdings, so die Studie, hat die Digitalisierung das Gewerbe noch kaum erreicht. Dies im Gegensatz zur Hightech-Branche, welche einen Viertel der Werkplatz-Beschäftigten stellt. Seit 1995 nahm die Zahl der Arbeitsplätze in Hightech-Unternehmen in den Städten leicht zu. Vor allem mittelgrosse Städte wie Le Locle, Uzwil oder Grenchen sind eigentliche Hightech-Hochburgen. Das grösste Beschäfti-

gungswachstum in diesem Bereich verzeichneten Plan-les-Ouates, Nyon und Altdorf.

Der dritte Bereich, den die Studie zum Werkplatz zählt, ist die Kreativwirtschaft. Diese umfasst im Sinne der Studie neben der Herstellung von Sachgütern auch dienstleistungsbezogene Aktivitäten wie ICT-Programmierung, Architektur, Design. Damit zeigt sich auch, dass es im Zuge der Digitalisierung zunehmend schwierig wird, eine klare Trennlinie zwischen dem Industrie- und dem Dienstleistungssektor zu ziehen. Dieser letzte Bereich des Werkplatzes entwickelte sich seit 1995 durchwegs positiv und ist vor allem in Städten wie Zürich oder Vevey, aber auch in Zollikon oder Ittigen zum bedeutendsten Teil des Werkplatzes geworden. Mit 50 000 Beschäftigten ist die Stadt Zürich gewissermassen das kreativwirtschaftliche Epizentrum.

Mit den Entwicklungen der nächsten Jahre – namentlich der Digitalisierung – erwarten die Studienautoren, dass sich der städtische Werkplatz weiter wandelt. Automatisierung und Vernetzung führen zu neuen Produktionsprozessen und Technologien und verändern ganze Wertschöpfungsketten. Tendenzen wie Reshoring oder Infrastruktur-Sharing eröffnen dem Schweizer Werkplatz neue Chancen. Dies umso mehr, als die Städte über gute Standortqualitäten verfügen.

«Tendenzen wie Reshoring oder Infrastruktur-Sharing eröffnen dem Schweizer Werkplatz neue Chancen.»

Es besteht aber auch Handlungsbedarf, vor allem beim Flächenmanagement, neuen Formen der Mischnutzungen, bei vereinfachten Regulierungen, bei der Vernetzung von Wirtschaft und Forschung oder auch wenn es darum geht, die Lebensqualität in den Städten zu pflegen.

Auch hier gilt: nicht alle Instrumente sind überall gleich sinnvoll einsetzbar. Hingegen dürften alle Städte das Interesse teilen, in ihrer Stadt einen vielfältigen Branchenmix mit Arbeitsplätzen sowohl in Dienstleistungsbetrieben als auch in der Produktion von Sachgütern zu haben. Denn dies macht die Stadt nicht nur lebendig, sondern auch krisenfest.

POLITIK

Rückblick auf die Herbstsession

Die Herbstsession stand im Zeichen der Wahl von Ignazio Cassis als Nachfolger von Didier Burkhalter in den Bundesrat. Ebenfalls grosse Aufmerksamkeit erhielt die Diskussion zur Volksinitiative zur Abschaffung der Billag-Gebühren im Nationalrat. Fast 70 Nationalrätinnen und Nationalräte wollten sich dazu äussern.

Parlament lehnt «No-Billag-Initiative» ab

Die Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» will die Empfangsgebühren für konzessionierte Radio- und Fernsehveranstalter mit Leistungsauftrag abschaffen. Betroffen wäre vor allem die SRG, die sich zu 75% aus den Gebühren finanziert. Daneben bekommen auch 21 regionale Radiosender und 13 regionale Fernsehsender Gelder aus dem Gebührentopf und wären ebenfalls gefährdet. Wie bereits Bundesrat und Ständerat empfahl auch der Nationalrat die Initiative deutlich zur Ablehnung. Besonders die kleineren Sprachgemeinschaften würden unter einer Abschaffung der Gebühren leiden, da deren Angebote im freien Markt kaum Überlebenschancen hätten, wurde in der Debatte betont. Gerade in einer direkten Demokratie sei wichtig, unabhängige Informationen für alle Landesteile anzubieten. Ebenfalls verworfen wurde der direkte Gegenvorschlag der SVP, die Gebühr auf 200 Franken zu reduzieren.

Neuer Asylstatus: Städte werden befragt

Der Ständerat hat den Entscheid zur Motion zum Ersatz des Status der vorläufigen Aufnahme für Asylsuchende verschoben. Er beauftragt seine Kommission, zuerst die Vertreter von Kantonen, Städten und Gemeinden anzuhören. Der Städteverband hat sich bereits mehrfach für die Schaffung des neuen Status eingesetzt. Im Nationalrat war die Motion angenommen worden. Der Vortoss verlangt einen neuen Status für Personen, die in der Schweiz kein Asyl erhalten, jedoch nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren können. Ziel des neuen Status ist nebst einer längeren Schutzgewährung für die Betroffenen auch eine bessere Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft.

Reduktion der gebundenen Ausgaben

In einer Motion beauftragt die Finanzkommission des Nationalrats den Bundesrat, dem Parlament aufzuzeigen, wie die stark gebundenen Ausgaben des Bundes um fünf bis zehn Prozent reduziert werden können. Wie schon der Nationalrat nahm auch der Ständerat die Motion an und überwies sie an den Bundesrat, der seine Arbeit bereits aufgenommen hat. Für den Städteverband ist vor allem wichtig, dass die Umsetzung der Motion nicht auf Kosten der kommunalen Ebene geschieht.

Unmut über Abbau des Poststellennetzes

Der Ständerat ist mit dem stetigen Abbau des Poststellennetzes unzufrieden. Die kleine Kammer nahm die Motion seiner Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen an und verlangt damit transparente Kriterien für den Abbau. Der Bundesrat soll die Post auffordern, ihre Strategie zum Poststellennetz offenzulegen. Zudem sollen die Service-public-Kriterien angepasst werden, so dass regionale Bedürfnisse besser berücksichtigt werden können. Nun geht die Motion an den Nationalrat.

Organisation «Lies!» soll verboten werden

Die Koran-Verteilungsaktionen der Organisation «Lies!» und anderer Organisationen mit gleicher Zielsetzung sollen nach dem Willen des Nationalrates verboten werden. Die grosse Kammer hat eine Motion mit dieser Forderung angenommen. Die Verteilaktionen der Organisation «Lies!» in mehreren Schweizer Städten wurden scharf kritisiert, da sie mit der Verbreitung von salafistischem Gedankengut in Verbindung gebracht werden. Als nächstes ist der Ständerat am Zug. Sollte auch dieser der Motion zustimmen, müsste für die Umsetzung der Motion zunächst eine rechtliche Grundlage geschaffen werden. Diese ist nämlich laut Verteidigungsminister Guy Parmelin im Moment ungenügend.

Vernehmlassungen

RPG-2: SSV für strikte Trennung von Bau- und Nichtbaugebiet

Der Bundesrat hat eine ergänzende Vernehmlassung zur zweiten Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes durchgeführt. Dabei ging es vor allem um das Bauen ausserhalb der Bauzonen, bei dem die Kantone mehr Spielraum erhalten. Mit dem Planungs- und Kompensationsansatz soll den regionalen Gegebenheiten Rechnung getragen werden. Der Städteverband hält fest, dass dieser Ansatz auch für Städte und Agglomerationen interessant sein kann. Trotz Flexibilisierung muss aber der Grundsatz der Trennung von Baugebiet und Nichtbaugebiet strikt eingehalten werden. Dies ist ohne weitere Grundlagenarbeiten wie Testplanungen kaum möglich.

Verordnungen zur Steuerung der Einwanderung (Umsetzung MEI)

Der Städteverband begrüsst grundsätzlich, dass der sogenannte Inländervorrang mit einer Meldung von Stellenlosen an die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV umgesetzt wird. Allerdings fordert der SSV, dass die RAV zur Bewältigung der zusätzlichen Belastung mit mehr Personal ausgestattet werden. Insgesamt könnte durch die neue Meldepflicht auch eine Entlastung in der Sozialhilfe entstehen. Dafür ist es aber notwendig, dass sich RAV und Sozialhilfestellen regelmässig austauschen. Der SSV plädiert zudem dafür, den für «kritische» Branchen festgelegten Schwellenwert einer Arbeitslosigkeit von 5%, ab welchem die Meldepflicht greift, beizubehalten und tendenziell zu senken.

Berechnung der IV-Rente bei Teilzeitangestellten

Eine Rüge des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte macht eine neue Bemessung des Invaliditätsgrades von Teilzeitarbeitenden notwendig. Kritisiert wurde bei einem Fall, dass die Hausarbeit einer Mutter von Zwillingen ungenügend gewichtet worden war. Die Invalidenversicherung möchte an einem System festhalten, das sowohl die Arbeit im Beruf, wie auch im Haushalt berücksichtigt. Neu wird auch die Betreuung von Kindern für die Berechnung einbezogen. Dieses Vorgehen begrüsst der SSV.

Weitere Vernehmlassungen unter:
www.staedteverband.ch/Politik/Vernehmlassungen

AKTUELL

Städteverband im Fokus

SSV Info: statistische Entscheidungsgrundlagen für städtische Verkehrspolitik



Die SSV-Informationsveranstaltung «Mikrozensus Mobilität und Verkehr: Grundlagen für verkehrspolitische Entscheide» beleuchtete die wichtigsten Erkenntnisse des Mikrozensus 2015 aus städtischer Sicht. Die vom Bundesamt für Statistik und dem Bundesamt für Raumentwicklung präsentierten Zahlen zeigen, dass die Bewohnerinnen und Bewohner von Städten und Agglomerationen im Vergleich zur Bevölkerung der übrigen Landesteile mit 34,8 Kilometern pro Person und Tag deutlich kürzere Strecken zurücklegen. Sie nutzen zudem häufiger den öV und seltener das Auto. In den letzten Jahren sind die Anteile von öV, Fuss- und Veloverkehr in den Agglomerationen gewachsen. Beispiele aus Zürich und Luzern illustrierten, wie Städte die Daten des Mikrozensus nutzen können, um ihre Verkehrspolitik weiterzuentwickeln. Die Referate stehen SSV-Mitgliedern im passwortgeschützten Bereich der Webseite zur Verfügung. Das nächste SSV-Info thematisiert am 28. November 2017 die «Zukunft des städtischen Güterverkehrs».

www.staedteverband.ch/login

Parlamentarische Gruppe Kommunalpolitik diskutiert «Frühe Förderung»



Das Grundangebot, das zur Betreuung von Kindern bis zum Alter von vier Jahren zur Verfügung stehen soll, muss national definiert werden. Dies, weil heute wesentliche Unterschiede in der Zahl von Beratungsstellen, Krippenplätzen und Spielgruppen bestehen, insbesondere zwischen ländlichen und städtischen Gebieten. Dies war ein Fazit der Sessionsveranstaltung der Parlamentarischen Gruppe Kommunalpolitik zur «Frühen Förderung». Eingeladen zum Anlass des Städte- und der Gemeindeverbandes waren Fachorganisationen und Mitglieder des Parlamentes. Frühe Förderung ist für die Städte und Gemeinden von Bedeutung, weil durch hochwertige Förderangebote auch das Armutsrisiko abgefedert werden kann. Benachteiligte Kinder, die in ihren ersten vier Jahren Unterstützung erhalten, holen Defizite eher auf und sind dadurch später schulisch und beruflich erfolgreicher. Dadurch verringert sich auch die Sozialhilfequote. Betont wurde in der Schluss-

diskussion, dass die kommunale Ebene auch in der Finanzierung der Betreuungsangebote Unterstützung der übergeordneten Staatsebenen und der Wirtschaft benötigt.

Merkblatt zum neuen SUISA-Tarif für Konzertveranstalter



Die Genossenschaft der Urheber und Verleger von Musik SUISA hat per 1. Januar 2017 den «Tarif K» für Konzerte, Shows, Ballet und Theater angepasst. Neu werden auch für Kleinkonzerte Subventionen sowie Einnahmen aus Merchandising und Konsommationen zur Berechnung für die Gebühren einbezogen. Zuvor waren für Kleinkonzerte lediglich die Einnahmen aus den Billettkäufen massgeblich. Somit kann die Anpassung gerade für kleinere Konzertveranstalter, die wesentlich von der öffentlichen Hand unterstützt werden, zu Kostensteigerungen führen. Zur Beratung der betroffenen Veranstalter haben der Städteverband, die Städtekonferenz Kultur SKK und die Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten KBK in Zusammenarbeit mit dem Dachverband der Urheberrechtsnutzer DUN ein Merkblatt für die Kulturförderstellen der öffentlichen Hand ausgearbeitet. Mitglieder können dieses beim SSV beziehen.

info@staedteverband.ch

«Steuern vs. Gebühren»: KSFD-Veranstaltung zu städtischen Einnahmequellen



An ihrer diesjährigen Fachveranstaltung hat die Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren die Gebührenerhebung unter die Lupe genommen. Einleitend erläuterte der Rechtsanwalt und Professor Beat Stalder den rechtlichen Rahmen und zeigte anhand der Rechtsprechung des Bundesgerichts den Spielraum von Städten und Gemeinden und deren Suche nach «kreativen» Lösungen auf. Stefan Meierhans beleuchtete die Thematik anschliessend aus der Optik des Preisüberwachers und schloss mit einem Appell an die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Finanzverwaltungen, ihre Informationspflicht bei der Gebührenerhebung wahrzunehmen. Den Abschluss bildeten praxisnahe Beispiele aus den Städten Genf, Luzern und Zürich.

www.ksfd.ch

Kurzmeldungen

OKI lanciert Innovationspreis

Mit dem Innovationspreis zeichnet die Organisation Kommunale Infrastruktur OKI erstmals innovative Lösungen, Technologien und Konzepte ihrer Mitglieder im Bereich der Infrastruktur aus. Bewerbungsfrist ist der 31. Januar 2018. Der Preis wird an der OKI-Mitgliederversammlung 2018 vergeben.

www.kommunale-infrastruktur.ch

Broschüre «Fahrende auf Privatland»

Die GMS Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz und die Radgenossenschaft der Landstrasse haben eine Broschüre mit Mustermietvertrag für den befristeten Spontanhalt von Fahrenden auf Privatgrund, in Wohnwagen und zu gewerblichen Zwecken publiziert.

www.gms-minderheiten.ch

FLUX-Nomination für Arosa

Für den Mobilitätspreis «FLUX – goldener Verkehrsknoten» wurden dieses Jahr touristische Umsteigeknoten mit Meterspur unter die Lupe genommen. Nominiert ist auch Arosa, insbesondere dank der hervorragenden Anbindung des Bahnhofs an die Seilbahnstation. Der Entscheid fällt am 30. November.

www.postauto.ch/flux

Die Mobilität von morgen gestalten

Inwiefern unterscheiden sich die Mobilitätsszenarien für ländliche Gebiete und Kleinstädte von jenen der grossen Städte? Welche Spielräume bestehen für Gemeinden und Regionen? Diese und weitere Fragen diskutieren Fachleute der öffentlichen Hand, von Verbänden und Anbietern von Zukunftslösungen im Bereich Mobilität an der Tagung «RegioMove» am 23. November in Romanshorn.

www.regiomove.ch

Smart City Convention in Frankfurt

Das SmartCity.institute veranstaltet am 21. und 22. November in Frankfurt die «Blisscity» – Deutschlands erste Smart City Convention. Ziel ist es, Einsichten aus verschiedenen Infrastruktursektoren und Querschnittsthemen zu liefern, neue Grundlagen zu schaffen sowie Unternehmen und Akteure zusammenzuführen.

www.blisscity.global

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 2. November 2017** **Tagung «Alles digital oder was? Ein Megatrend findet Stadt»** in Solothurn
Information: Julia Imfeld, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch
- 30./31. August 2018** **Städtetag 2018** in Solothurn
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Organisation Kommunale Infrastruktur

- 14. November 2017** **Tagung Kunststoffsammlung und -recycling** in Bern
Information: Romana Kocher, Telefon 031 356 32 42

Sektionen des Schweizerischen Städteverbandes

- 26./27. Oktober 2017** **Delegiertenkonferenz der Städtekonferenz Kultur** in Lugano
Information: Karin Christen, Telefon 031 356 32 32, info@skk-cvc.ch
- 3. November 2017** **Herbstkonferenz der Städteinitiative Sozialpolitik**
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, info@staedteinitiative.ch

Weitere Organisationen

- 26./27. Oktober 2017** **Nationale Föderalismuskonferenz 2017** in Montreux
Information: www.federalismus2017.ch
- 9. November 2017** **Grenchner Wohntage** in Grenchen
Information: www.bwo.admin.ch
- 22. November 2017** **digma-Tagung zum Datenschutz 2017** in Bern (Patronat SSV)
Information: www.schulthess.com
- 22. November 2017** **18. asut-Kolloquium «Smart Data – Chancen für die Mobilität»** in Bern (Patronat SSV)
Information: <https://events.asut.ch>
- 23. November 2017** **regiomove Fachtagung** in Romanshorn (Patronat SSV)
Information: www.regiomove.ch
- 30. November 2017** **ZHAW-Abendveranstaltung «Öffentliche Finanzen im Dauerfieber»** in Winterthur
Information: www.zhaw.ch
- 7. Dezember 2017** **Workshop Infrastruktur auf Bahnanlagen - Kostenteilung öffentliche Hand und SBB konkret** in Bern
Information: Edith Egger, VLP-ASPAN, Telefon 031 380 76 76, edith.egger@vlp-aspan.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Marius Beerli, Karin Christen, Miriam Flury, Nadja Huonder, Julia Imfeld, Carol Mauerhofer, Maja Münstermann, Martin Tschirren, Roman Widmer; Übersetzungen: proverb
Bildnachweise: Rolf Siegenthaler; Portrait Seite 1; zvg; Bild Seite 2: zvg; Bild Seite 3: Karin Hofer
Telefon 031 356 32 32, Telefax 031 356 32 33, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch